

DR. CARSTEN HERZBERG, Vorstandsmitglied im »mitMachen e.V. Potsdam«
HENDRIKJE KLEIN, Sprecherin für Bürgerbeteiligung und Engagement

AUFBAU VON BEZIRKLICHEN BÜRGERBETEILIGUNGSBÜROS AM BEISPIEL VON POTSDAM

ZIEL UND AUFGABEN EINES BÜROS FÜR BÜRGERBETEILIGUNG

Ein Bürgerbeteiligungsbüro hat das Ziel, allen Einwohnerinnen und Einwohnern eines Bezirkes einen leichten Zugang zu verschiedenen Formen der aktiven Beteiligung zu ermöglichen. Das Büro versteht sich dabei als Kompetenzzentrum, das all jene berät und unterstützt, die selber Bürgerbeteiligung durchführen bzw. sich mit ihrem Anliegen an Politik und Verwaltung wenden oder auch selbst Lösungen für gesellschaftliche Probleme erarbeiten möchten.

Folgende Angebote kann das Büro leisten:

- Recherche und Informationsbeschaffung aus Verwaltung und Bürgerschaft, Aufbereitung und die Bereitstellung dieser Informationen
- Aktive Unterstützung durch Beratung von Bürgerinnen und Bürgern, die sich in die öffentliche Politik mit eigenen Anliegen einbringen wollen
- Koordinierung und Begleitung von Bürgerbeteiligungsprozessen aus den Stadtteilen heraus (»bottom-up«) und von durch die Bezirksverwaltung und Bezirkspolitik initiierten Prozessen in die Stadtteile hinein (»top-down«)
- Vermittlung von Informationen und Kenntnissen über Bürgerbeteiligungsverfahren
- Dokumentation und Veröffentlichung von Prozessen und Ergebnissen bei Beteiligungsprojekten
- Entwicklung einheitlicher Standards für Beteiligungsprozesse.

AUFBAU UND STRUKTUR

Das Bürgerbeteiligungsbüro sollte über eine zweiteilige und gleichberechtigte Struktur verfügen, so dass es sowohl verwaltungsintern als auch verwaltungsextern arbeitet. Dafür müssen Personalstellen in der Verwaltung sowie finanzielle Mittel für einen externen Träger in gleicher Höhe bereitgestellt werden. Durch diese paritätische Besetzung kann das Büro in allen Fragen der Bürgerbeteiligung überparteilich und unabhängig auftreten.

Um die Zusammenarbeit der Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter mit dem externen Träger zu regeln, besteht für das Büro für Bürgerbeteiligung eine gemeinsame Geschäftsordnung.

Das Büro versteht sich als Schnittstelle zwischen Verwaltung, Politik und Einwohnerschaft. Dabei ist es ein Kompetenzzentrum für die Verwaltung, um Prozesse der Bürgerbeteiligung besser zu planen und zu koordinieren. Dies dient der Stärkung der Beteiligungskultur in der Verwaltung.

Gleichzeitig werden durch Vernetzung und Mobilisierung der Gesellschaft Bürgerbeteiligungsverfahren koordiniert und begleitet. Das Büro stellt die Verbindung zu Initiativen, Stadtteilräten, Bürgervertretungen und Einrichtungen her und dient als Ansprechpartner für die Einwohnerschaft. Eine weitere Aufgabe ist es, Initiativen, die sich mit ihren Anliegen an die Verwaltung richten, aktiv zu unterstützen. Dies geschieht z. B. durch Moderation von Treffen der Initiativen, die der Klärung ihrer Ziele und Präzisierung ihrer Vorschläge dienen. Das externe Büro unterstützt die Initiativen dabei, zuständige Entscheidungsträger/-innen in Verwaltung und Politik zu identifizieren und als Ansprechpartner für die Anliegen zu gewinnen.

Auf diese Weise wird die bisher top-down gesteuerte Bürgerbeteiligung durch eine Bottom-up-Dynamik ergänzt. Bei diesem emanzipativen Ansatz der Bürgerbeteiligung geht es darum, dass Bürgerinnen und Bürger darin unterstützt werden, den Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung als Verhandlungs- und Gesprächspartner auf gleicher Augenhöhe zu begegnen.

BEISPIEL FÜR EINEN ENTSTEHUNGSPROZESS

Ein Beteiligungsbeirat bestehend aus Bürgerschaft, Politik und Verwaltung unterstützt den Prozess des Bezirkes für eine Stärkung der Bürgerbeteiligung. In einem breit angelegten Prozess werden die Vorschläge und Ideen der Bürgerschaft, der Bezirkspolitik und der Verwaltung zum Thema Bürgerbeteiligung in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe diskutiert und konzeptionelle Entwürfe erarbeitet. Diese werden der BVV vorgelegt und können so gemeinsam mit der Einrichtung des Büros an den Start gehen.